

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck, Presse- und Informationsdienst (MFI 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrašek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 3. Dezember 1987

Blatt 2608

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Am 12. und 19. Dezember bis 16 Uhr Lebensmittelverkauf (2618)

Kommunal/Lokal:

- Internationales Symposium Stadterneuerung (2609/FS: 2.12., 2612))
- Gerasdorfer Straße wieder frei für den Verkehr (2611)
- Liechtensteins Regierungschef im Wiener Rathaus (2613)
- Dkfm. Dr. Pramböck zum neuen Städtebund-Generalsekretär bestellt (2613)
- Neue Leiterin an radiologisch-technischer Schule (2614)
- Zinsenloses 40 Millionen-Darlehen an Gräf & Stift (2615)
- Smejkal präsentiert Wiener Familienbericht 1987 (2616/2617)
- Pensionistin tödlich verunglückt (nur FS/2.12.)

Kultur:

- Jura Soyfer-Leseabend im Historischen Museum (2610)
- Sonderführungen durch „Heilige Gemeinde Wien“ (2610)

Internationales Symposium Stadterneuerung (3)

Berichte der Arbeitskreise und Diskussion

Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Am Nachmittag des letzten Tages des INTERNATIONALEN SYMPOSIUMS STADTERNEUERUNG standen die Berichte der Arbeitskreise und die Diskussionen darüber auf dem Programm. Die Arbeitskreise hatten in zum Teil sehr lebhaften Beratungen wichtige Ergebnisse gebracht und sollen auch nach dem Symposium weiterbestehen, da einige Fragen ungelöst blieben.

Dipl.-Ing. August FRÖHLICH berichtete, daß der jährliche Sanierungsbedarf in Wien auf sieben bis zehn Milliarden Schilling geschätzt wird. Vorrangig sanierungsbedürftige Gebiete befinden sich vor allem westlich des Gürtels sowie in Teilen des 5., 10. und 20. Bezirkes. Das Instrument der Gebietsbetreuungen habe sich zur Vertrauensbildung und Stimulation bewährt, da in den Stadterneuerungsgebieten etwa doppelt so viele Wohnhaus-sanierungen erfolgen als außerhalb der Gebiete. Eine räumliche und Kompetenzerweiterung der Gebietsbetreuungen sei daher anzustreben. Für die Weiterentwicklung der Stadterneuerung sei künftig mehr aktive Planung und somit die Einbindung in die gesamte Stadtplanung notwendig.

Förderung der Sanierung muß gesichert bleiben

Direktor Elisabeth WEIHMANN berichtete, daß die Kürzung der Wohnbauförderungsmittel durch den Bund Unsicherheit entstehen habe lassen, was längerfristig investitionshemmend wirken könnte. Es sei eine Änderung des Bundesverteilungsschlüssels der Wohnbauförderungsmittel zugunsten von Wien anzustreben. Weiteres sei vorstellbar, das System der Förderung durch Annuitätzuschüsse durch Direktdarlehen zu ergänzen. Schließlich müsse das System steuerliche Anreize bei der Wohnhaus-sanierung unbedingt bewahrt werden, um die nötige Investitionsbereitschaft sicherzustellen.

Schwierigkeiten des Förderungsverfahrens mindern

Dipl.-Ing. Wolfgang GRÄSEL meinte, daß Kontrolle bei der Vergabe derart hoher Förderungen zwar gut, Vertrauen aber besser wäre. Insbesondere „der kleine Hausbesitzer“ sei durch die Schwierigkeiten der Sanierungsverfahren abgeschreckt. Im Interesse der Hauseigentümer und der Bewohner unbedingt beibehalten werden müßte das mietrechtliche Verfahren, das angemessene Mieten und damit die Rückzahlung des Darlehen sicherstelle. Das Förderungs-, Bau- und Mietrechtsverfahren müßte in Summe zeitlich absehbar werden, die Ausschreibungen sollten standardisiert und die Kostenberechnungen vereinfacht werden.

Mieterbetreuung verpflichtend machen

Dr. Caspar EINEM stellte in seinem Bericht fest, daß die Mieter letztlich die Sanierung der Wohnhäuser zahlen und daher ihre Mitbestimmung rechtlich und organisatorisch klar geregelt sein müßte. Zur Motivation der Hausbewohner müßte der Mieterschutz aufrechterhalten und eine Preisbegrenzung erreicht werden, wenn öffentliche Förderungsmittel zum Einsatz kommen. Die Mieterbetreuung sollte verpflichtende Voraussetzung einer Sanierung sein, aber von Bauinteressen unabhängig erfolgen. Dabei sei auch der Einsatz von Sozialarbeitern und sozialen Diensten vorstellbar.

Blocksanierung bringt Kostenersparnis

Architekt Dipl.-Ing. Albert WIMMER meinte, daß eine Entkernung und Auflockerung dicht bebauter Stadtgebiete auch Absiedlungen notwendig machten. Die Sanierung ganzer Häuserblocks würde aber eine Kostenersparnis um bis zu 20 Prozent bringen. Zur Bewältigung der Verkehrsprobleme seien schließlich legislative Maßnahmen wirkungsvoller als Gestaltungsmaßnahmen der Stadterneuerung, meinte Wimmer.

Das INTERNATIONALE SYMPOSIUM STADTERNEUERUNG findet am Mittwoch Abend um 18 Uhr seinen Abschluß mit einer großen öffentlichen Diskussion im Festsaal des Wiener Rathauses. (Schluß) ah/rr

Bereits am 2. Dezember 1987
über Fernschreiber ausgesendet!
Forts. von Blatt 2607

Jura Soyfer-Leseabend im Historischen Museum

Wien, 3.12. (RK-KULTUR) Am Mittwoch, dem 9. Dezember, findet im Historischen Museum der Stadt Wien, Karlsplatz, um 19.30 Uhr als Rahmenprogramm zur Ausstellung „Judentum in Wien“ der Leseabend „Ein Jude in Wien — zum 75. Geburtstag von Jura Soyfer“ statt. Die Lesung wird von der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik veranstaltet. Es lesen Helga DAVID und Oswald FUCHS. Die Ausstellung ist an diesem Tag ab 18 Uhr geöffnet. (Schluß) red/rr

Sonderführungen durch „Heilige Gemeinde Wien“

Wien, 3.12. (RK-KULTUR) Aufgrund der großen Nachfrage für Führungen zur Sonderausstellung „Heilige Gemeinde Wien“ — Judentum in Wien — Sammlung Max Berger finden im Dezember an Sonn- und Feiertagen zusätzlich um 11 und 14 Uhr im Historischen Museum Führungen statt. Anmeldungen für Gruppen werden unter Tel. 65 87 47/DW 46 entgegengenommen. Die Führungen sind gratis! (Schluß) red/bs

Gerasdorfer Straße wieder frei für den Verkehr

Verkehrsberuhigung im Carabelli-Viertel

Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Freitag vormittag werden die umfangreichen Umbauarbeiten in der Gerasdorfer Straße in Floridsdorf abgeschlossen. Am gleichen Tag tritt im Carabelli-Viertel eine neue Verkehrsorganisation in Kraft, die zu einer Verkehrsberuhigung führen soll.

Die Gerasdorfer Straße wurde im Abschnitt zwischen der Brünner Straße und der Ruthnergasse komplett neu gebaut — mit einem Fahrstreifen in jeder Fahrtrichtung und Längsparkspuren. Zwischen der Skrapupstraße und der Salomongasse wurden in der Fahrbahnmitte mehrere begrünte Verkehrsinseln angelegt. Nächstes Jahr werden an den Außenseiten der Straße noch etwa hundert Bäume gepflanzt. Im Frühjahr 1988 wird in der Gerasdorfer Straße der endgültige Fahrbahnbelag aufgebracht; dann muß noch einmal für kurze Zeit die Umfahrung Carabelligasse aktiviert werden. Die Umbaukosten betragen rund 25 Millionen Schilling.

Die verkehrsberuhigenden Maßnahmen im Carabelli-Viertel betreffen den Bereich, der durch Brünner Straße — Gerasdorfer Straße — Ruthnergasse — Heinz-Nittel-Hof begrenzt wird. Innerhalb dieses Siedlungsgebietes gilt ab Freitag „Tempo 30“. Es wird durch Rundumbeschilderung kundgemacht.

Mehrere wichtige Straßen im Carabelli-Viertel können in beiden Fahrtrichtungen befahren werden. Daneben gibt es aber auch eine Reihe von Einbahnregelungen, und zwar:

- die Achardgasse ist Einbahn von der Knaackgasse bis zur Holteigasse,
- die Schippergasse ist Einbahn von der Ruthnergasse bis zur Gerasdorfer Straße,
- der Karl-Benz-Weg ist Einbahn von der Skrapupstraße bis zur Ruthnergasse
- der Schotterfeldweg ist Einbahn vom Karl-Benz-Weg bis zur Gerasdorfer Straße,
- die Kravoglgasse ist Einbahn von der Ruthnergasse bis zur Skrapupstraße,
- die Loschmidtgasse ist Einbahn von der Skrapupstraße bis zur Berzeliusgasse und von der Skrapupstraße bis zur Schwannngasse,
- die Penkgasse ist Einbahn von der Ruthnergasse bis zur Giseviusgasse
- die Giseviusgasse ist Einbahn von der Penkgasse bis zur Carabelligasse und
- der Marco-Polo-Platz ist Einbahn von der Garagenausfahrt bis zur Giseviusgasse.

Als Tempobremse wird noch heuer die Kreuzung Großbauerstraße — Anton-Kolig-Gasse aufgepflastert. Nach der Aufbringung des endgültigen Fahrbahnbelages in der Gerasdorfer Straße wird im Frühjahr 1988 auch der Kreuzungsbereich Carabelligasse — Giseviusgasse aufgepflastert. Zur Drosselung der Fahrgeschwindigkeiten werden dann auch auf den Kreuzungen Großbauerstraße — Skrapupstraße, Großbauerstraße — Schwannngasse, Carabelligasse — Skrapupstraße und Carabelligasse — Schwannngasse Verkehrsinseln errichtet.

Die verkehrsberuhigenden Maßnahmen im Carabelli-Viertel haben die Zustimmung der Sprecher der Bürgerinitiativen und der betroffenen Anrainer gefunden. (Schluß) sc/gg

Internationales Symposium Stadterneuerung

Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Das Internationale Symposium Stadterneuerung wurde Mittwoch Abend mit einer öffentlichen Podiumsdiskussion abgeschlossen. Die Teilnehmer am Podium zogen dabei Bilanz über den dreitägigen Erfahrungsaustausch.

Günter FUDERHOLZ, beauftragt mit der Sanierung des Berliner Kreuzberges, stellte fest, daß der Wiener Weg durch ein hohes Maß an Konsens zwischen allen Beteiligten gekennzeichnet sei und damit fast völlig Fehler vermieden wurden, wie sie bei der Stadterneuerung in anderen europäischen Städten passierten. Im Zuge des nunmehr einsetzenden rasanten Erneuerungsprozesses müsse man darauf achten, nicht den Überblick und nicht die Bereitschaft zum Anhören der Probleme zu verlieren. Denn die Sicherstellung der Rechte der Mieter während der Planung und Bauausführung sei unerlässlich für den Erfolg.

Auch Univ.-Prof. Hans HARMS von der Technischen Universität Hamburg zeigte sich beeindruckt vom Klima der Diskussion, das in Wien weit positiver ausgebildet sei als in vielen anderen Städten.

Univ.-Prof. Jürgen ROSEMANN von der Technischen Universität Delft sieht einen Grund für die vergleichsweise emotionslose Bewältigung der Stadterneuerung auch darin, weil es keine wirklich großen Probleme gebe, die die Aufmerksamkeit einer breiten Öffentlichkeit erregen würden. Da die Stadterneuerung in Wien noch sehr jung sei, müsse man auf die Gefahr der Verdrängung unterer Einkommensgruppen, insbesondere der Ausländer, in nichtsanierte Gebiete achten.

Der Präsident der Wiener Architektenkammer, Dipl.-Ing. Manfred NEHRER, sieht den größten Erfolg des Symposiums in der Entpolitisierung des Wiener Stadterneuerungsfonds, obwohl es noch immer ein „unerträgliches Maß an Kontrolle“ bei der Sanierung gebe.

Weil in der Diskussion immer wieder die Sorgen der Hausbewohner mit den finanziellen Belastungen zu Tage traten, wiederholte Dr. Caspar EINEM von der Wiener Arbeiterkammer seine Forderung nach Wohnbeihilfe und der Möglichkeit des Bezuges von Gemeindewohnungen für Ausländer.

Der Steuerberater Dkfm. Gerhard NIDETZKY erklärte, daß derzeit in Österreich 1.200 Milliarden Schilling auf Sparbüchern liegen. Würde man nur ein Zehntel des jährlichen Zinsertrages daraus für Stadterneuerung flüssig machen können, so wäre das ein Betrag von 3,6 Milliarden Schilling. Da allerdings das Investitionsrisiko schwer abschätzbar ist, weil darüber hinaus sichere steuer-, zivil- und handelsrechtliche Maßnahmen fehlten, liege ein Großteil des Geldes ungenutzt auf Sparbüchern.

Stadtrat Rudolf EDLINGER meinte, daß die nunmehr erarbeiteten Vorschläge zunächst auf den „Prüfstand der Realität“ gestellt werden müßten, bevor ihre Umsetzung beschlossen werden könnte. Dies verlange vor allem viel Kommunikation und eine Fortsetzung der Diskussion in einem guten Klima. So werde es etwa am 11. Jänner 1988 erste Arbeitsgespräche mit dem Justizminister über eine gesetzliche Verankerung der Mietermitbestimmung geben. Zur Roßbauer Kaserne erklärte Edlinger, daß er sie sehr geeignet für einen Modellfall der Stadterneuerung hielte. Das Symposium habe insgesamt seine Erwartungen übertroffen. Die Atmosphäre der Bereitschaft zur Zusammenarbeit sei dermaßen groß, daß in den kommenden Jahren bedeutende Fortschritte in der Wiener Stadterneuerung zu erwarten sind. (Schluß) ah/gg

Liechtensteins Regierungschef im Wiener Rathaus

Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Der Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein Hans BRUNHART besuchte am Donnerstag das Wiener Rathaus und trug sich in das Goldene Buch der Stadt Wien ein. Der hohe Gast wurde im Stadtsenatssitzungssaal von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK begrüßt. (Schluß) red/bs

Dkfm. Dr. Pramböck zum neuen Städtebund-Generalsekretär bestellt

Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Reinhold SUTTNER, seit 1981 Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, tritt mit Ende dieses Jahres in den Ruhestand. Zu seinem Nachfolger wurde Mittwoch abend vom Hauptausschuß des Städtebundes Senatsrat Dkfm. Dr. Erich PRAMBÖCK bestellt.

Dkfm. Dr. Pramböck, 1941 in Galsbach in Oberösterreich geboren, war bisher im Koordinationsbüro der Magistratsdirektion tätig. Er beschäftigte sich vor allem mit Stadterneuerung und mit der Erstellung des Stadtentwicklungsplanes. Den Städtebund vertrat er schon bisher bei internationalen Organisationen.

Reinhold Suttner, geboren 1927, war von 1962 bis 1968 Bezirksvorsteher des 23. Bezirkes, daran anschließend Amtsführender Stadtrat für Wohnungswesen und wurde 1978 zum 1. Präsidenten des Wiener Landtages gewählt. Seit 1979 ist Suttner Mitglied des Bundesrates und seit 1981 Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes. (Schluß) roh/bs

Neue Leiterin an radiologisch-technischer Schule

Im Lainzer Krankenhaus

Wien, 3.12. (RK-LOKAL) Am Donnerstag wurde Elisabeth PALL in ihr Amt als neue leitende Lehrassistentin der radiologisch-technischen Schule am Lainzer Krankenhaus eingeführt. Sie folgt Berta PFAFFINGER, die in den Ruhestand getreten ist.

Elisabeth Pall war bisher Lehrassistentin an dieser Schule, deren Leitung sie nun übernahm. Die radiologisch-technische Schule in Lainz besteht seit 1970. Sie ist eine der zehn medizinisch-technischen Schulen, die nunmehr seit 25 Jahren von der Stadt Wien geführt werden. (Schluß) and/bs

Zinsenloses 40 Millionen-Darlehen an Gräf & Stift

Neufassung der Hotelmodernisierungsaktion

Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik beschloß Donnerstag, der Automobilfabrik ÖAF-Gräf & Stift AG auf zwei Jahre ein zinsenloses Darlehen in der Höhe von 40 Millionen Schilling zu gewähren. Gräf & Stift erzeugt derzeit pro Jahr neben 600 schweren LKW und 4.000 Verteilergetrieben 200 Busse. Die Firma beabsichtigt, die Busproduktion auf 400 pro Jahr zu erhöhen und wird dafür in Liesing das Betriebsgelände erweitern. Das zinsenlose Darlehen dient zum Ankauf eines Grundstückes.

Der Finanzausschuß beschloß auch eine Änderung der Hotelmodernisierungsaktion. Die Förderung von Hotelneubauten, die bisher sistiert war, wird nun endgültig eingestellt. In Zukunft werden nur mehr Infrastruktur- und Brandschutzinvestitionen gefördert, wobei das Ansuchen um eine Förderung vor Beginn der Investition beim Wiener Wirtschaftsförderungsfonds gestellt werden muß. Die höchste Förderung für Infrastrukturinvestitionen beträgt 300.000 Schilling, für Brandschutzinvestitionen 150.000 Schilling.

Gebührenerhöhung bei Müllabfuhr, Wasser und Kanal beschlossen

Der Finanzausschuß beschloß weiters mit den Stimmen der SPÖ eine Erhöhung der Gebühren für Müllabfuhr, für Wasser und Kanal ab 1. Jänner 1988. Wie bereits berichtet, wird die Müllabfuhr um durchschnittlich 15 Prozent, das Wasser um 7,84 Prozent und die Abwassergebühr um 15 Prozent teurer. (Schluß) sei/rr

Smejkal präsentiert Wiener Familienbericht 1987

Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Den Wiener Familienbericht 1987 präsentierte Stadtrat Ingrid SMEJKAL Donnerstag in einer Pressekonferenz. Dieser zweite Familienbericht — der erste wurde 1979 erstellt — untersucht die Situation der Wiener Familien in den verschiedensten Bereichen. Der Familienbericht 1987, erklärte Smejkal, sei eine wichtige Grundlage für die Wiener Familienpolitik, deren Ziel es sein müsse, die Stadt noch kinder- und familienfreundlicher zu gestalten.

Familienpolitik in der Zukunft

Es gelte Anliegen und Wünsche von Familien in der Öffentlichkeit verstärkt zu thematisieren und zu diskutieren. Mit neuen Initiativen, wie der erst kürzlich vorgestellten Aktion „Familie und Freizeit“ des Landesjugendreferates, soll die Kinder- und Familienfreundlichkeit gefördert werden.

Ein weiterer Schwerpunkt der zukünftigen Familienpolitik, sagte Smejkal, sei die Hilfe für Alleinerzieher, deren Zahl ansteigt. Die gesellschaftliche Position dieser Gruppe müsse stärker anerkannt werden.

Wirksam bekämpft werden müsse die Gewalt in Familien, vor allem gegen Frauen und Kinder. Die Stadt Wien habe mit der Einrichtung des Notrufs „31 66 66“ bei Kindesmißhandlung bereits wichtige Schritte gesetzt.

Ein wichtiges Ziel sei es, setzte Smejkal fort, die Eltern bei ihrer Erziehungsaufgabe zu unterstützen. Dies betreffe sowohl den Bereich der ganztägigen Schülerbetreuung — derzeit wird in Wien das Modell der „offenen Schule“ erfolgreich erprobt — wie auch den Bereich der Bildungsarbeit und der Freizeit.

Wiener Familien in Zahlen

In Wien gibt es 419.780 **Familien** (Volkszählung 1981), die sich aufschlüsseln lassen in

- 179.172 Familien ohne Kinder (43 Prozent) und
- 240.608 Familien mit Kindern (57 Prozent) davon
154.657 Familien mit Kindern unter 15 Jahren.

Die Zahl der Familien ist damit in zehn Jahren um 8 Prozent zurückgegangen und stärker gesunken als die Bevölkerungszahl. Der Grund: Der Tod von Ehepartnern der in Wien stark vertretenen älteren Jahrgänge und eine verstärkte Abwanderung von Familien in das Wiener Umland.

Von den 371.430 in Familien lebenden **Kindern** wachsen 38 Prozent als Einzelkinder auf und nur 7 Prozent in einer kinderreichen Familie mit vier und mehr Geschwistern.

Die Zahl der **Eheschließungen** nahm in Wien bis 1977 deutlich ab und blieb seither mit rund 10.000 Hochzeiten im Jahr relativ konstant. Die Geburtenzahlen sind in den letzten Jahren mit rund 14.500 relativ stabil, der Anteil der Geburten von ausländischen Müttern ging zurück.

Die Zahl der **Ehescheidungen** lag 1981 noch unter 5.000 und stieg bis 1985 auf 5.692 an; 1986 gab es einen überraschenden Rückgang um 11,9 Prozent auf 5.015.

Zugenommen hat die Zahl der **Einpersonenhaushalte**: von allen Privathaushalten machen die Einpersonenhaushalte 39,6 Prozent aus. Die Haushaltsgröße hat sich von 2,16 auf 2,08 Personen verringert (von 1971 bis 1981).

Seit 1950 wurde der **Wohnungsbestand** in Wien um rund 207.000 Wohnungen vermehrt. Die Gesamtzahl der Wohnungen in Wien beträgt nach den Ergebnissen der Volkszählung 1981 insgesamt 821.175. Die Zahl der Sub-

standardwohnungen hat sich seit 1971 von 33,5 Prozent auf 18,6 Prozent verringert.

47 Prozent der Wiener Bevölkerung sind berufstätig, in Zahlen 720.170 Personen. Der Anteil der **Berufstätigen** an der Gesamtbevölkerung ist in Wien höher als in den anderen Bundesländern, was auf die hohe Erwerbstätigkeit von Frauen zurückzuführen ist.

Die Arbeitslosenrate betrug 1986 in Wien 4,8 Prozent (Österreich: 5,2 Prozent). Auch die **Jugendarbeitslosigkeit** ist in Wien im Vergleich zu anderen Bundesländern wesentlich geringer. Besonders betroffen von der Jugendarbeitslosigkeit sind Schulabbrecher, Jugendliche ohne Schulabschluß, Jugendliche, die mehrmals Lehren begonnen und wieder abgebrochen haben, sowie Jugendliche, die straffällig geworden sind.

Die Zahl der **armutsgefährdeten** Haushalte hat sich seit 1971 von 16,8 Prozent auf 13,8 Prozent verringert.

Die Familie hat sich gewandelt

Heiraten wurde nach dem Ersten Weltkrieg zu einer Selbstverständlichkeit in allen Schichten der Bevölkerung. Gleichzeitig stieg die Dauer der Ehen infolge längerer Lebenserwartung und früherer Eheschließung beträchtlich an. Seither hat sich das **Bild der Familie wesentlich gewandelt**: das Streben nach individueller Selbstbestimmung ist vorherrschend.

Nach wie vor ist der Wunsch nach einer Bindung auf Dauer weit verbreitet. Aber auch ein Leben ohne Ehe oder dauernde Bindung wird akzeptiert.

Ehescheidungen, die in den fünfziger Jahren noch eine Randerscheinung darstellten, betreffen heute große Teile der Bevölkerung. Nach Schätzungen liegt die Scheidungswahrscheinlichkeit im großstädtischen Bereich bereits deutlich über 36 Prozent. Der gesellschaftliche Wertwandel führte dazu, daß unbefriedigende, konflikthafte Ehebeziehungen leichter beendet werden. Immer mehr Frauen entwickeln **neue Auffassungen von der Frauenrolle**. Mehr Frauen als Männer ergreifen bei der Scheidung die Initiative.

Der **Wunsch nach Kindern** ist nach wie vor häufig. In allen Industrieländern ist aber ein Sinken der Geburtenzahlen festzustellen.

In Zukunft wird die **stärkere Mitwirkung der Männer** bei familiären Aufgaben noch wichtiger. Die Arbeitsteilung in der Familie löst sich zunehmend von traditionellen Mustern. Partnerschaft und Gleichberechtigung von Frauen und Männern erfordern auch Veränderungen in der Arbeitswelt: gleiche Berufschancen für Frauen und Männer sowie Maßnahmen, die es erleichtern, familiäre Aufgaben mit dem Beruf zu vereinbaren.

Die Erfüllung des Grundbedürfnisses Wohnen in einer dem zeitgemäßen Standard entsprechenden Weise darf nicht zur Überforderung der finanziellen Leistungsfähigkeit von Familien führen und soziale und familiäre Probleme „erzeugen“.

Das **Gesundheitsbewußtsein der Familien** und die Gesundheitserziehung sollen weiter verbessert werden. (Forts. mgl.) jel/gg

Forts. von Blatt 2616

Am 12. und 19. Dezember bis 16 Uhr Lebensmittelverkauf

Zilk bezeichnet Lösung als „Versuch des österreichischen Kompromisses“

Wien, 3.12. (RK-POLITIK) In Wien wird an den letzten beiden Einkaufsamstagen der Lebensmittelverkauf bis 16 Uhr möglich sein, erklärte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK nach dem Sondergespräch der Sozialpartner Donnerstag im Wiener Rathaus. Zilk bezeichnete die für heuer getroffene Lösung als „Versuch des österreichischen Kompromisses“. Bereits im Jänner werde man Gespräche aufnehmen, die für die Einkaufsamstage und für den 8. Dezember im nächsten Jahr eine allgemeingültige Lösung erbringen sollen. Verstöße gegen die nun getroffene Regelung werden jedenfalls streng bestraft, betonte Zilk.

Zilk berichtete, daß die nun getroffene Lösung für die beiden Einkaufsamstage nicht die Zustimmung der Gewerkschaft gefunden habe. Er respektiere die Haltung der Gewerkschaft, sei aber der Stimme der Einsicht und des Gewissens gefolgt. Die mögliche Öffnung bis 16 Uhr werde nun über Verordnung des Landeshauptmannes geregelt werden. Zu den Gesprächen im kommenden Jänner meinte Zilk, er hoffe, daß im Laufe einer umfassenden Regelung die berechtigten Anliegen der Handelsgestellten erfüllt werden können. (Schluß) sei/gal